Kontext: Druck auf die Zivilgesellschaft

Politischer Druck auf kommunaler Ebene

Bereits heute steht die demokratische Zivilgesellschaft in Sachsen-Anhalt unter erheblichem Druck. In einzelnen Kommunen wurde auf Antrag oder mit Unterstützung der jeweiligen AfD-Fraktion die Mitfinanzierung des Bundesprogramms «Demokratie leben!» eingeschränkt oder vollständig eingestellt. Beispiele hierfür finden sich in Salzwedel oder Bitterfeld-Wolfen.

In vielen kommunalen Gremien bröckelt die politische Abgrenzung gegenüber demokratiefeindlichen Positionen. Anträge gegen engagierte Projekte finden zunehmend Zustimmung bei anderen Parteien oder Wähler*innenlisten. Häufig werden ursprüngliche Forderungen aufgegriffen und als Alternativanträge eingebracht – wie in der Debatte um das Hissen von Nationalfahnen an Schulen.

Herausforderungen in Bildung, Wissenschaft und Kultur

Im Landtag zielen parlamentarische Anfragen vermehrt darauf ab, Engagierte und Institutionen zu verunsichern. Dies betrifft nicht nur die Projektförderung, sondern betrifft auch Hochschulen. Seit zehn Jahren stehen Wissenschaftler*innen sowie Studierende unter Beobachtung, wenn sie sich kritischen Themen widmen. So forderte die AfD beispielsweise Auflistungen von Forschungsarbeiten zu Postkolonialismus oder Genderforschung, was unter anderem durch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Sachsen-Anhalt als politisches Instrument der Einschüchterung gewertet wird.

Zusätzlich richten sich parlamentarische Initiativen gegen die Strukturen der verfassten Studierendenschaften. Auch Kunst und Kultur geraten in den Fokus: Institutionen wie das Bauhaus Dessau sehen sich Vorwürfen der «Identitätslosigkeit» ausgesetzt und wehren sich gemeinsam mit anderen Kultureinrichtungen gegen diese Angriffe auf die künstlerische Freiheit.

Gesellschaftliches Klima und rechte Gewalt

Die politische Zuspitzung geht einher mit mehr rechter Gewalt. Die Mobile Opferberatung zählte für 2025 insgesamt 229 rechte, rassistische, antisemitische und queerfeindliche Angriffe. Ein Teil der Taten wird Gruppierungen wie der «Deutschen Jugend Zuerst» oder «Deutschen Jugend Voran» zugerechnet, die gezielt Druck auf Mitschüler*innen und Lehrer*innen ausüben.

Kampagnen gegen Lehrer*innen, unter dem Vorwand einer vermeintlichen «Neutralitätspflicht», flankieren diese Entwicklungen. Die Folge sind Abmahnungen durch Schulbehörden. Eine weitere Stärkung entsprechender politischer Kräfte droht das Klima weiter zu verschärfen. Für migrantische, queere, feministische und antifaschistische Initiativen könnte der Zugang zu Fördermitteln schwieriger werden und der Schutz durch staatliche Institutionen unzuverlässiger. Das Ziel solcher Bestrebungen ist die Etablierung

einer neuen «Normalkultur», die demokratische Bündnisse an den Rand drängt.

Trotz dieser Herausforderungen ist die Zivilgesellschaft nicht schutzlos. Rechtliche Spielräume und solidarische Netzwerke bieten wirksame Möglichkeiten, um aktiv zu bleiben und demokratische Werte zu verteidigen. Diese Handreichung unterstützt dabei, die eigene Handlungsfähigkeit zu stärken und auf repressive Maßnahmen zu reagieren.